

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. Weidel,
sehr geehrter Herr Chrupalla,

herzlichen Dank für Ihre Einladung zu diesem Kongress. Ich habe sie gerne angenommen, weil ich davon überzeugt bin, dass es besser ist, miteinander im Dialog zu ringen, als Konflikte zu kultivieren. Als Ostdeutscher weiß ich, welchen Schaden Diskurs- und Realitätsverweigerung anrichten kann.

Doch ich spreche heute nicht als Ostdeutscher zu Ihnen, sondern als Unternehmer und Bürger dieses Landes. Und dabei gehe ich von einer dreifachen Beobachtung aus.

Erstens: Die gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland wählt mit CDU, FDP und AfD bürgerliche Parteien. Doch FDP und CDU verweigern sich diesem Wählerwillen. Und das hat nicht nur schlechte Gründe.

Zweitens: Wir befinden uns in einem politischen Dilemma. Einerseits vereint die AfD immer größere Teile der enttäuschten Wähler auf sich. Andererseits operieren Teile der AfD mit inakzeptablen Positionen, was zu notwendiger Abgrenzung durch die CDU führt.

Drittens: In der Folge ist das Land politisch blockiert. Diese Blockade aufzulösen, liegt nicht in der Hand der SPD, der Linken, der Grünen oder des BSW. Als heute noch führende bürgerliche Kraft liegt es in der Hand der CDU, die dafür notwendigen Bedingungen zu formulieren.

Da sie es nicht tut, werde ich hier an ihrer Stelle unaufgefordert einen Diskussionsvorschlag machen.

Als Unternehmer stehe ich in einem ununterbrochenen Wettbewerb um Kunden. Kunden sind selten loyal. Und das dürfte mittlerweile auch auf Wähler zutreffen. Sofern es verfügbar ist, wählen sie das bessere Angebot. Das ist hart, aber in der Sache gerecht, denn nur so wird Effizienz gehoben und Fortschritt ermöglicht.

Die Ergebnisse des Fortschritts nehmen wir alle gerne in Anspruch. Denken Sie nur an die Forschung in der Medizin oder an den Funktionsreichtum der Mobiltelefone, die wir alle in unseren Taschen tragen.

Dieser Wettbewerb wird in der Regel über Nützlichkeit und Preise entschieden. Bei den Mobiltelefonen verlor Nokia erst gegen Blackberry, dann Blackberry gegen Apple. Wer sich am Wettbewerb beteiligt, ohne sich permanent an neue Lagen und Bedürfnisse anzupassen, scheidet aus dem Markt aus.

In diesem Sinne steht die Bundesrepublik Deutschland – und ich sage hier bewusst nicht „unser Land“ – vor einer gewaltigen Herausforderung.

Während der Wettbewerb immer härter wird, manövrieren sich Politik und Verwaltung mehr und mehr in eine Sackgasse wachsender Ineffizienz.

Aus Perspektive des Unternehmers ist seit Jahren, wenn wir ehrlich sind: sogar seit Jahrzehnten absehbar, dass die Bundesrepublik im globalen Wettbewerb zurückfällt.

Dass unsere Wettbewerbschancen sinken, ist keine Frage der Perspektive. Sie sinken nachweislich, quantitativ und qualitativ: in der Konkurrenz zu anderen Volkswirtschaften, im Ansehen des Produktions- und Marktstandorts, in der Anziehungskraft als Lebens- und Arbeitsmittelpunkt für Leistungsträger. Und auch für Menschen, die in ihrem Streben nach Glück einen sicheren Ort in dieser Welt suchen, ist Deutschland nicht mehr erste Wahl.

Und um es gleich zu Beginn deutlich zu sagen: Unsere größten Herausforderungen liegen nicht auf dem Gebiet der Kulturkämpfe, der Sprachregelungen, der Weihnachtsmärkte, der Kopfbedeckungen, des Stadtbildes usw. Über all das darf und soll gestritten werden, unsere Zukunft steht dabei kaum auf dem Spiel.

Es sind viel handfestere Probleme, die uns herausfordern. Und die Zukunft dieses Landes wird davon abhängen, wie wir auf sie reagieren. Ob wir in der Lage sind, Lösungen zu entwickeln. Und ob es ein fairer demokratischer Prozess ist, in dem wir über sie entscheiden und sie durchsetzen.

Wir können uns weiter in kleinlichen Stellungskriegen verschanzen, in denen sich vielleicht eine Wahl gewinnen lässt, aber ganz sicher nicht die Zukunft. Oder wir können uns gemeinsam den großen Zukunftsfragen stellen.

Denn das größte Problem, das uns allen schlaflose Nächte bereiten sollte, ist die Sicherung von Wohlstand und Sicherheit für uns alle, und das heißt auch: für die kommenden Generationen. Es geht um nicht weniger als den Erhalt

dessen, was Deutschland im guten Sinne stark gemacht hat:
Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und ein fairer sozialer Ausgleich.

In einer Welt, die sich dynamisch verändert, agiert Deutschland zunehmend ängstlich und rückwärtsgewandt. Und noch viel schlimmer: Wir beginnen, in Verteilungskämpfen um den kleiner werdenden Kuchen zu versinken.

Gleichzeitig gilt: Wer von der Zukunft spricht, muss nach den Voraussetzungen von Wohlstand fragen.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ruht auf vielen Säulen: der Qualität der Bildung, der Förderung von Ideen und Tatkraft, der Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energie, dem Vertrauen in den Rechtsstaat, dem sozialen Aufstiegsversprechen, dem Schutz der Lebensgrundlagen, der Klugheit, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Es ist eine unvollständige Aufzählung. Die Aufgaben sind vielfältiger. Aber ich möchte Sie am Ende einer anstrengenden Woche nicht unnötig frustrieren.

Das Fundament, auf dem all diese Säulen stehen, ist der innere und äußere Frieden. Frieden, der mehr sein will als die Abwesenheit von Gewalt, muss aber empfunden werden. Er beruht auf einem Sicherheitsgefühl, das kein Militär, keine Polizei und kein Verfassungsschutz erzwingen kann. Und auf einem Gerechtigkeitsgefühl, ohne das niemand bereit sein wird, unvermeidliche Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Aber dieser Zustand kommt nicht von selbst.

Wenn wir als Deutsche und Europäer – auch hier sage ich bewusst Europäer, nicht Westeuropäer – nicht strategisch autonom werden, wird unser Leben nicht nur unsicherer, sondern auch ärmer. Wir werden nicht mehr länger in der ersten Reihe der Konferenzen in der Weltpolitik sitzen, sondern zur Verfügungsmasse amerikanischer, chinesischer und russischer Interessen. Klingt das zu drastisch?

Nehmen Sie die Wahl in den UN-Sicherheitsrat, die wir gerade gegen Kirgisistan und Österreich verloren haben. Herzlichen Glückwunsch an beide Länder! Wir sollten es als Warnsignal betrachten. Denn warum haben wir sie verloren?

Ich komme viel in der Welt herum. In Russland, China und den USA habe ich zuletzt viele Gespräche geführt. Und darin wurde mir der starke Eindruck vermittelt, dass Deutschlands Beliebtheit in der Welt rapide schwindet. Und dass feindselige Gefühle wachsen. Was ich von Mitgliedern des US-Kongresses

gehört habe, hat mich erschrocken. Und was ich in Russland und China höre, wollen Sie besser nicht wissen. Wie gesagt, das Wochenende steht vor der Tür.

Und wie wenig wir in der Lage sind, selbst vor der eigenen Haustür Sicherheit zu garantieren, zeigt sich in der Ukraine, die für die Versäumnisse der politischen Eliten Europas einen inakzeptabel brutalen und blutigen Preis zahlen muss. Denn unser Umgang mit dieser Katastrophe ist symptomatisch.

Wir können uns – wahlweise – unserer moralischen Überlegenheit versichern, indem wir von einem „unprovozierten russischen Angriffskrieg“ sprechen. Oder uns daran beruhigen, dass die Gründe dieses und anderer Kriege „komplex“ sind. Doch was hilft es? Ja, das Blutvergießen begann mit einer Entscheidung in Moskau. Und ja, auch dieser Krieg hat eine lange Vorgeschichte. Aber wenn Kinder, Frauen und Männer verstümmelt oder getötet werden, hat die Politik versagt. Und viel wichtiger als die Frage „Wer ist schuld?“ ist die Frage: Wie lässt sich dieser inhumane Zustand jetzt und auf Dauer beenden? Und wer könnte dabei helfen?

Wir sollten akzeptieren, dass über die Zukunft Europas nur dann in Europa entschieden wird, wenn wir zukünftig weder von Russland noch von den USA erpressbar sind. Umgekehrt wird es einen Frieden in Europa nur dann geben, wenn wir mit beiden Großmächten zugleich kooperieren. Aber beides, Autonomie wie Frieden, wird es nur geben, wenn wir die Interessen aller Beteiligten kennen und anerkennen.

Denn die Regeln der Geopolitik wirken wie Naturkräfte. Ignoriert man sie, bewirken sie Katastrophen, wie in der Ukraine. Studiert man sie, lassen sie sich zum Nutzen aller lenken.

Wenn wir diese Zusammenhänge ignorieren, wenn wir nicht das Prinzip der internationalen Kooperation über das Prinzip der Stärke stellen, wird unser Leben unsicherer.

Wenn wir also energisch aufrüsten, ohne mit gleicher Energie in Diplomatie, den Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur und die Wiederbelebung internationaler Organisationen wie der UN zu investieren, wird unser Leben noch unsicherer.

Aber ein Frieden, der nur auf Sicherheit beruht und nicht auch auf Freiheit und Gerechtigkeit, gleicht der Stille eines Friedhofs.

Die Frage der Gerechtigkeit betrifft die sogenannten kleinen Leute. Sie betrifft aber auch uns Unternehmer. Ökonomische Leistungsträger prüfen regelmäßig, welche Staaten effiziente Rahmenbedingungen bereitstellen.

Sie werden kreativ genug sein, Auswege aus ineffizienten Strukturen zu finden. Sonst wären sie keine Unternehmer, keine Leistungsträger. Und viel weniger als vor hundert, vor fünfzig und auch noch vor 25 Jahren fühlen sie sich an einen Staat gebunden.

Eine nicht zu unterschätzende Rahmenbedingung der Wirtschaft liegt in dem Gefühl, willkommen zu sein: mit der Bereitschaft, Extrameilen zu gehen. Risiken in Kauf zu nehmen. Sich produktiv und unangepasst in die Gesellschaft einzubringen.

Sind all diese Bedingungen nicht gegeben, verwandeln sich Kreativität und Risikobereitschaft in Konformität und Absicherung. Das Momentum schwindet, und in der Folge grassieren feindselige Parolen, wo eigentlich Diskurs gefragt wäre – gerne kontrovers, aber offen, fair und ohne Denk- und Sprechverbote.

Das Ziel ist also aus meiner Sicht klar. Doch um es zu erreichen, müssen wir politisch wieder handlungsfähig werden.

Und das bringt mich zu der zweiten Rolle, in der ich heute zu Ihnen spreche. Als Bürger dieses Landes bin ich besorgt um die Erosion der demokratischen Teilhabe.

Wenn ein Viertel der Wähler, regional sogar noch mehr, keine Chance auf politische Teilhabe hat, ist das demokratisch bedenklich. Und wenn politische Mehrheiten nicht zur Regierungsbildung führen, droht die Disruption.

Wenn aber die Partei, die einen Großteil dieser Wähler repräsentiert, ihr Verhältnis zum politischen Extremismus ungeklärt lässt, ist das demokratisch ebenso bedenklich.

Es ist offensichtlich, dass die beiden Tendenzen sich wechselseitig verstärken. Während ein immer größerer Anteil der Wähler hinter der „Brandmauer“ ins politische Abseits gestellt wird, sind die Entgleisungen aus den Reihen Ihrer Partei, freundlich gesagt, nicht weniger geworden.

Doch wie finden wir aus dieser Sackgasse heraus? Wie werden wir politisch handlungsfähiger?

Nach draußen, in Richtung der anderen Parteien, lautet meine Antwort: Baut Brücken statt Brandmauern.

Und nach innen, in Ihre Richtung, lautet sie: Zieht rote Linien, statt die eigene Freiheit zu entgrenzen.

In beiden Richtungen aber lautet sie: Überwindet eure Angst.

Denn sie ist es, die derzeit alle Parteien in Deutschland verbindet. Ihre politischen Mitbewerber mobilisieren zur Verteidigung Ihrer Pfründe mit der Angst vor der AfD – so wie die AfD mit der Angst vor Überfremdung und Identitätsverlust Wählerstimmen zur Machteroberung mobilisiert.

Und die Mittel dieser Angstpolitik sind auf beiden Seiten hässlich.

Mich irritiert das zutiefst, weil es erkennbar die Gesellschaft spaltet und weder Wachstum noch Leistung stimuliert. Und es lässt mich auch oft an der Integrität der handelnden Personen zweifeln.

Um die Erstarrung, die Angst und die Blockade zu überwinden, müssen sich beide Seiten bewegen. Die anderen Parteien werden aufhören müssen, Sie zu dämonisieren und den politischen Diskurs in Moralisierung zu ertränken. Und Sie werden aufhören müssen, den Erfolg auf Kosten von Gruppen und Minderheiten zu suchen, die nun mal, ob es Ihnen gefällt oder nicht, unverrückbar zu unserer Gesellschaft gehören.

Was Ihr Lieblingsthema betrifft, kann ich es daher bei einem Satz belassen: Ohne Steuerung wird die Migration dieses Land weiter spalten, aber ohne Zuwanderer haben weder unsere erlahmte Wirtschaft noch unsere überalterte Gesellschaft eine Zukunft.

Ausdrücklich stelle ich mich darum hier vor Freunde und Mitarbeitende, auf deren Kosten Sie Ihr Ressentiment verbreiten, um die extremen Ränder zu mobilisieren. Deren mitunter leise, mitunter klar formulierte Sorgen vor Ihrer Politik machen mich fassungslos und umso energischer. Auch deshalb stehe ich heute hier, um Ihnen das so direkt sagen zu können.

Um den Gang auf die Brücke wagen zu können, sollten die einen an ihrem Ufer die selbstgerechten Moralapostel in die Schranken weisen, und die anderen an ihrem Ufer die völkischen Extremisten.

Was heißt das konkret?

Ich bin kein Politiker und ohne jede politische Ambition. Aber im Nebenamt als unternehmerischer Zeitungsverleger trage ich dann doch einen kleinen Teil der Verantwortung für den politischen Diskurs, für die Freiheit der Debatte und für eine Streitkultur, die ihren Namen verdient.

Meinungsfreiheit ist nicht nur eine Sache von Grundrechten. Sie muss empfunden werden. Ohne das Gefühl, angstfrei sagen zu können, was einem auf der Seele liegt, und im Herzen brennt, wird die Demokratie auf Dauer Schaden nehmen.

Wie eingangs gesagt, weiß ich um die toxische Wirkung von doppelten Standards, und zwar in der privaten wie in der öffentlichen Kommunikation.

Dieses Privileg teile ich mit vielen Menschen, die in der DDR aufwuchsen. Und ich teile noch etwas mit ihnen: die Einsicht, dass keine Autorität und kein Diskurswächter Monopole auf richtige Meinungen erheben kann, wenn wir es mit der Freiheit ernst meinen.

Aber auch ohne Anstand, ohne die Achtung vor dem anderen und den Respekt vor seiner Überzeugung, wird die Meinungsfreiheit Schaden nehmen. Um das auch klar zu sagen: Wir leiden auf hohem Niveau und sollten die Dimensionen unserer Probleme nicht aus den Augen verlieren. Niemand wird abgeholt, niemand wird ins Gefängnis geworfen.

Doch gleichzeitig erleben wir im öffentlichen Diskurs erneut die Erosion kommunikativer Standards, und zwar auf allen Seiten des politischen Spektrums.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ein Zeitungsverlag ist keine Kirche und kein Verfassungsgericht. Dass ich meine Aufgabe sportlich interpretiere, wird niemandem entgangen sein. Ich glaube fest daran, dass am Ende die bessere Idee darüber entscheidet, wo es langgeht, und nicht der Rang in der Hierarchie oder ein göttliches Gesetz.

Aber auch hier gibt es rote Linien. Wer sich die Blätter meines Verlages ansieht, wird Freude an der Auseinandersetzung, am Risiko, an Witz, an Provokation und oft genug auch am stimulierenden Tabubruch bemerken. Aber eben auch

einen professionellen Respekt gegenüber der Konkurrenz, die diese viel zu oft uns gegenüber und dem gesellschaftlichen Diskurs vermissen lässt.

Lassen Sie mich, bevor ich gleich zum Abschluss komme, eine Prognose wagen.

Nach realistischer Einschätzung der Lage werden zwei Dinge nicht geschehen.

In einem Vielparteiensystem wie unserem sind absolute Mehrheiten eher unwahrscheinlich. Und solange Sie Ihr Extremismusproblem nicht in den Griff bekommen, wäre eine Koalition mit Ihnen für jede andere Partei gleichbedeutend mit politischem Selbstmord. Insofern handelt die CDU rational.

Doch Allparteienregierungen gegen die AfD laufen ebenso auf politischen Selbstmord hinaus. Dieses Dilemma hat der FDP das Genick gebrochen, es hat die Grünen aus der Regierung gespült, und es bedroht den Führungsanspruch der CDU.

Wollen Sie auf Dauer regierungsfähig werden, und wollen die anderen Parteien auf Dauer überleben, werden alle Seiten pragmatisch agieren müssen.

Denn das Szenario, in dem wir uns wahrscheinlich schon nach den nächsten Landtagswahlen wiederfinden werden, sind Minderheitsregierungen mit wechselnden Mehrheiten. Sachsen hat dieses Experiment nach der letzten Wahl unter Führung von CDU-Ministerpräsident Kretschmer gewagt und macht damit keine schlechten Erfahrungen. Der Osten Deutschlands ist halt mutiger. Nicht aus Verzweiflung, sondern aus gelassener Gewissheit, die in Erfahrung wurzelt.

Das bedeutet: Je nach Thema werden die Regierungsparteien auch auf Ihre Stimmen angewiesen sein. Sie werden so klug sein, dafür einen politischen Preis zu verlangen. Aber Sie sollten auch klug genug sein, die sich abzeichnende Teilhabe an der Macht als Chance zu begreifen. Wenn Sie regieren wollen, werden Sie beweisen müssen, dass es Ihnen um das Gemeinwohl, um die Zukunft unserer Kinder, die nächste Generation geht – und nicht um die Imitation einer ebenso korrumpierenden wie korrupten Macht.

So betrachtet, ist die AfD für die Demokratie durchaus eine Chance zur Erneuerung. Aber wie jede gute Chance ist auch diese nicht ohne Risiko zu haben.

Denn das Risiko besteht, dass Sie nicht den Mut und nicht die institutionelle Kraft aufbringen, den Extremismus vor Ihre Tür zu bitten.

Und wenn ich Extremismus sage, meine ich: ein Denken, das nichts kennt als das Eigene und das Fremde. Es hat in Deutschland schon einmal in die Katastrophe geführt. Denn der Nationalsozialismus, insbesondere der Holocaust, sind dann doch kein „Fliegenschiss“ in unserer Geschichte.

Die unermesslichen Verbrechen, die Deutsche begangen haben, werden uns auf ewig begleiten. Aus ihnen ist eine Verantwortung für Einzelne und Institutionen entstanden, die uns nicht die Zukunft verstellt. Die wir aber anzunehmen haben, wenn wir diese Zukunft souverän gestalten wollen.

Eine Partei, die toleriert, dass diese Verantwortung als „*Schuld*kult“ diskreditiert wird, disqualifiziert sich für die Regierungsverantwortung. Und umgekehrt qualifiziert es sie nicht, wenn sie im Antisemitismus vor allem ein „*importiertes*“ Problem sieht. Dass die Sicherheit Israels „am Brandenburger Tor beginnt“, sprich: die Lehre aus der Geschichte darin besteht, unliebsame Einwanderer zu kriminalisieren: Das ist dann doch ein bisschen zu schön, um wahr zu sein.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich führe auch in Israel oder am Golf Gespräche. Außerdem bin ich ein Verleger, der Wert darauflegt, dass Medien ausgewogen über den Nahen Osten berichten. Und darum weiß ich, dass die dortige Gewalt viel zu tragisch ist, um sie politisch zu instrumentalisieren.

In drei Monaten wird die AfD wahrscheinlich das erste Mal in ihrer Parteigeschichte Regierungsverantwortung übernehmen.

Direkt oder indirekt. Dafür wünsche ich Ihnen alles Gute. Es ist eine Chance für Sie. Und vielleicht bietet es auch Deutschland die Chance, einen Weg aus der politischen Agonie zu finden.

Wenn Sie aber die Zeit bis zur Regierungsverantwortung nicht nutzen, können Sie Ihrem selbstformulierten Anspruch kaum gerecht werden. Sollten Sie nicht durch öffentliches Auftreten und personelle Konsequenzen beweisen, dass Sie bereit für die Verantwortung sind, wären Sie ein Risiko für die deutsche Gesellschaft.

Dass Sie von Ihren Gegnern oft unsachlich und in schrillen Tönen diskreditiert werden, wird auch davon stimuliert, dass Sie Angst haben, sich Ihrer Verantwortung zu stellen.

Die schnöde Nützlichkeit dieser unsachlichen Lautstärke: Die sehen sie, die sieht die Straße, und die sehe auch ich. Und dass die CDU das toleriert, ist weder ihrem Ansehen noch der demokratischen Hygiene nützlich.

Doch verwechseln Sie nicht Ursache und Symptom. Die Ursache liegt in der mangelnden Bereitschaft der AfD, Verantwortung für das zu übernehmen, was in den eigenen Reihen gesagt und gedacht wird. Und das lässt die CDU zu Recht Abstand halten.

Daher nutzen Sie die kommenden drei Monate. Wenn Sie den Schritt nicht wagen, wird es auch die andere Seite nicht tun.

Mir bleibt, mich für die Einladung, für Ihre Aufmerksamkeit und auch Ihre Geduld zu bedanken. Herzlichen Dank!